

Prof. Dr.-Ing. habil. Dagmar Schipanski
Ehem. Präsidentin des Thüringer
Landtags
Rede anlässlich der Veranstaltung „20 Jahre Mauerfall“
in der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn am 10. Juni 2009

Sehr geehrter Herr Reinemann, verehrte Gäste,

ich danke Ihnen sehr, dass Sie mich eingeladen haben, hier in der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn anlässlich des 20-jährigen Jubiläums des Mauerfalls und der friedlichen Revolution vom Herbst 1989 zu Ihnen zu sprechen.

Nirgendwo ist die Teilung eines Landes eindringlicher nachzuvollziehen als an einer ehemals unüberwindbaren Grenze.

Die erhaltenen Grenzdenkmale dokumentieren ein von Jahr zu Jahr perfektioniertes Grenzsicherheitssystem an der Schnittstelle zweier Macht- und Wertesysteme. Sie zu bewahren ist unsere historische Verpflichtung.

Die weitaus größte Zahl der DDR-Bürger bekam die innerdeutsche Grenze erst zu sehen, als sie ihren Schrecken bereits verloren hatte. Doch wir trugen die Grenze auch in unseren Köpfen. Im Bewusstsein, dieses Land nicht verlassen zu dürfen.

Nicht zu Urlaubsreisen, nicht, um Freunde oder Verwandte zu treffen. Die meisten trugen schwer an diesem Bewusstsein.

Manche versuchten, auszubrechen. Sie bezahlten den Versuch mit ihrem Leben, ihrer Gesundheit oder mit dem Verlust ihrer Freiheit. Viele verdrängten die Ohnmacht des Eingesperrtseins aus ihren Köpfen und richteten sich ein in dem ihnen verbliebenen Teil der Welt.

Und manche bezahlten die sich ihnen bietende Reisefreiheit, indem sie sich dem Ministerium für Staatssicherheit verkauften. Das waren, wie wir nach der Wende mit Erschrecken erfuhren, nicht wenige. Die Geschichte wird darüber urteilen, in welchem Maße sie Täter und in welchem Maße Opfer des Regimes waren.

Doch wäre es ein unverzeihliches Versäumnis, wenn wir die uns verbliebenen Zeugnisse eines perversen Grenzregimes nicht erhielten und nutzten, um den kommenden Generationen deutsche und europäische Geschichte nahe zu bringen. Ich bekunde meine Hochachtung vor allen, die sich dieser Aufgabe verschrieben haben.

Aber ich appelliere auch an alle, die ungemaine Schwierigkeit dieser Aufgabe nicht zu unterschätzen. Können junge Menschen nachempfinden, welche Todesdrohung ausging von dieser Grenze?

Wird das perfekt funktionierende System nachvollziehbar sein, das Fluchtwilige bereits weit im Vorfeld der Grenze stellte?

Kann man diese Erfahrungen vermitteln? Das gewiss nicht, aber wir werden uns, um die Schwierigkeit des Problems wissend, der Aufgabe stellen. Wir sind es den Toten der innerdeutschen Grenze schuldig, den über Jahrzehnte im Grenzgebiet gleichermaßen Ein- und Ausgesperrten, den aus grenznahem Gebiet zwangsweise Ausgesiedelten.

Wir sind es auch denen schuldig, die noch in der Wendezeit auf Hunderten spontan errichteter Grenzsteine und Erinnerungstafeln ihrem Glück und ihrer Freude über den Fall der Grenze Ausdruck gaben.

Der Fall der Mauer wird auf alle Zeiten Symbol sein für den eingeschlagenen Weg zum Wiedergewinn der Deutschen Einheit in Freiheit.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir haben uns heute an diesem historischen Ort versammelt, um innezuhalten im

hektischen Alltagsgetriebe, um nachzudenken über diese, unsere deutsche Einheit. Welchen Stand hat sie 19 Jahre nach der Wiedervereinigung erreicht? Diese Frage bewegt - so wie Sie - viele Menschen in unserem Land und deshalb ist es wichtig, offen und ehrlich Bilanz zu ziehen.

Die Wiedervereinigung Deutschlands nahm ihren Ausgang in der friedlichen Revolution der Deutschen in der DDR. Der mutige und entschlossene Ruf nach Freiheit, in den Montagsdemonstrationen in vielen Städten zum Ausdruck gebracht, gipfelte im Fall der Mauer am 9. November 1989. Die Menschen auf den Straßen haben damals der deutschen und europäischen Freiheitsgeschichte ein wichtiges und würdiges Kapitel hinzugefügt

Niemand wird die Kraft der Kerzen gegen die Macht der Stasi-Zentralen je vergessen können. Demokratie und Freiheit waren für uns im Herbst 1989 eine Sache des Herzens.

Diese politische Erfahrung ist etwas außerordentlich Kostbares, gerade weil unser Land eine so lange Tradition der Unterdrückung und Unfreiheit kennt.

Ich möchte einfach in Erinnerung rufen, dass die 70-80jährigen in der DDR einen nahtlosen Übergang von der Nazi-Diktatur zur "Diktatur des Proletariats" erlebt haben. Sie haben rund 60 Jahre Diktatur erlebt. Deshalb ist der Wille zu Freiheit, Demokratie und politischer Mitverantwortung das wichtigste Erbe des Herbstes 1989.

Ich möchte an die Freude und Erleichterung erinnern, an die Freude, die Grenzen überwunden zu haben, die Isolation aufgebrochen zu haben, frei zu sein von Bevormundungen, von Zensur, von Gesinnungsdiktat, von Beobachtung und Bespitzelung.

Rasch kam zur wieder gewonnenen Freiheit der Ruf nach staatlicher Einheit hinzu. Es bestätigte sich, dass Einheit und Freiheit zwei einander ergänzende Elemente waren und sind. Im Zuge der friedlichen Revolution wurde nach 40-jähriger schmerzlicher Teilung ein neues Kapitel deutscher und auch europäischer Geschichte aufgeschlagen. Am 3. Oktober 1990 trat die DDR dem Geltungsbereich des Grundgesetzes bei. Die politische und staatliche Spaltung unseres Vaterlandes und unseres Kontinents in zwei sich gegenüberstehende Blöcke ist seither überwunden.

Auch nach fast 19 Jahren staatlicher Einheit stellt sich aber immer wieder neu die brennende Frage: Haben wir die innere Spaltung überwunden? Wie steht es um die deutsche Einheit?

Aus dem Grundgesetz leitete sich für den Prozess der Wiedervereinigung Deutschlands das Gebot der "Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse" ab. Gleichwertige Lebensverhältnisse in einem Land, das eine 40-jährige getrennte Geschichte erlebt hat und seit 1990 die Gegenwart und Zukunft wieder gemeinsam gestalten kann.

Was heißt eine sinnvolle Ausdeutung des Verfassungsgebotes der "Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse"?

Das sind folgende Aspekte der Gesellschaft:

Das sind die Herstellung eines einheitlichen Rechtssystems und die Durchsetzung gleicher Staatsbürgerrechte und -pflichten.

Es ist ferner die Herstellung eines einheitlichen Gefüges von Institutionen auf der staatlichen und nichtstaatlichen Ebene.

Es bedeutet die Etablierung einer gemeinsamen Solidargemeinschaft in den Institutionen der sozialen Sicherung und im Bewusstsein der Menschen.

Das ist die Ausbildung einer Zivilgesellschaft von freien Assoziationen, Vereinen und Interessenverbänden.

die Ausbildung eines gemeinsamen Kerns von Grundwerten und einer gemeinsamen politischen Kultur,

die Entwicklung einer vergleichbaren materiellen Infrastruktur,
die Herstellung einer vergleichbaren Struktur von Ausbildungs- und
Beschäftigungschancen,
die Herstellung vergleichbarer Besitzverhältnisse und eines vergleichbaren
Lebensstandards,
und nicht zuletzt die Ausbildung ähnlicher Mentalitäten und Sozialcharaktere.

"Erst wenn alle diese Kriterien erfüllt sind, wird man in einem soziologischen Sinn davon sprechen können, dass die Wiedervereinigung sowohl im Sinne der systematischen Integration als auch im Sinne der Sozialintegration abgeschlossen ist"

Lassen Sie mich noch einige Bemerkungen zu dieser nüchternen Bilanz machen: Betrachten wir das Rechts- und Verwaltungssystem! Dass die Bundesrepublik Deutschland nie die DDR-Staatsbürgerschaft anerkennt, sondern die Menschen in der DDR stets als deutsche Staatsbürger angesehen hat, war ein wichtiges Element im Einigungsprozess. Bestimmte Politiker in der Bundesrepublik waren allerdings bereit, mit der Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft die Einheit der Nation preiszugeben [Lafontaine 1987]. Ich denke, gerade solche Leute sind heute schlechte Ratgeber, wenn es um die Vollendung der inneren Einheit Deutschlands geht.

Dass die Menschen in der DDR gleichberechtigt die deutsche Staatsangehörigkeit hatten, ermöglichte zum einen die Massenauswanderungen des Herbstes 1989 erinnern wir uns an die Szenen in den überfüllten Botschaften in Prag und Warschau,

Zum anderen garantierte der Artikel 33 des Grundgesetzes nach der Grenzöffnung allen Staatsbürgern unmittelbare gleiche Rechte und Pflichten,

Mit dem am 31. August 1990 unterzeichneten Einigungsvertrag wurde das Rechtssystem der alten Bundesrepublik de jure auf die neuen Länder ausgedehnt. Es handelte sich hier nicht um eine gegenseitige Anpassung oder Angleichung, sondern wirklich um eine bloße Ausdehnung. Das muss man bei den heutigen Diskussionen zur Kenntnis nehmen.

In personeller Hinsicht hat sich das Rechtssystem durch die schnelle Entlassung von DDR-Richtern und die Zuwanderung von Richtern und Verwaltungsbeamten aus den alten Ländern schon Anfang der 90er Jahre angeglichen. Der Prozess war schnell abgeschlossen. Heute sind mehr als 90 Prozent des juristischen Personals aus den alten Ländern, denen die Erfahrung der DDR-Vergangenheit fehlt. Das hat zu Frustrationen geführt.

Denn der Transformationsprozess des Rechtssystems wurde in seiner inhaltlichen Dimension von vielen Menschen in den neuen Ländern als "nicht gerecht" wahrgenommen. Für das normale Empfinden des Bürgers war mit dem neuen Recht nicht immer "Gerechtigkeit" verbunden:

Die Mauerschützenprozesse, die nicht geführten Prozesse um Schalck-Golodkowski, das Anerkennen politischer Urteile der DDR-Klassenjustiz - etwa die künstliche Kriminalisierung Ausreisewilliger in der früheren DDR oder die Pflicht, eine Rehabilitation für politisch Verurteilte extra einzuklagen - dies schafft ein Gefühl der Ohnmacht und des Nichtverständnisses.

Dabei kam es auch oft zu unverständlichen Urteilen, weil die Westbeamten die Mechanismen der alltäglichen Diskriminierung im zivilen Leben nicht kannten und von Rechtsstaatlichkeit, nicht von Rechtsbeugung, ausgingen.

Hier gilt es noch, Missverständnisse in der öffentlichen Diskussion auszuräumen. Das Rechtssystem ist nur bedingt geeignet, revolutionäre Situationen, wie der Umbruch eine war, zu begleiten. Zum anderen führte die "Verrechtlichung" der Politik in den letzten Jahren ebenfalls zu Frustrationen in West und Ost. Zugleich hat die öffentliche Debatte, die nur auf die Stasi konzentriert war, die führende Rolle der SED auf allen Gebieten nicht beachtet und somit einer einseitigen Betrachtung Vorschub geleistet. Betrachten wir die Verwaltung: Der Neuaufbau staatlicher Institutionen und Administrationen und die Transformation der sozialistischen Kaderverwaltung in eine klassisch-europäische Verwaltung verlief sehr rasch. Man kann die formale Verwaltungstransformation zur

schnellen Erfolgsseite des Einigungsprozesses zählen.

Zuweilen lässt uns Menschen im Osten allerdings die übernommene Bürokratie an ihrer Sinnfälligkeit zweifeln. Es gibt zu viel gedankenlose administrative Routine, die oftmals den Blick auf unkonventionelle, aber zukunftssträchtige Lösungen versperrt.

Hohe Regelungsdichte behindert Kreativität und behinderte anfangs den Wirtschaftsaufbau erheblich. Ich wünschte mir von den Beamten mehr Kreativität bei der Rechtsauslegung für den Antragsteller.

Sie müssen ihre Ermessensspielräume für den Bürger und nicht gegen den Bürger ausnutzen. Das alte Denken: Wie kann ich verhindern? muss ersetzt werden! Verwaltungen sind Dienstleister und keine Machtausübenden.

Nicht gut war bei diesem Prozess die häufige Übernahme des politisch-ideologisch einwandfreien Staatsapparates als Beamte in die neue Administration.

Betrachten wir die Wirtschaft, meine Damen und Herren.

Über den Stand der DDR-Wirtschaft gibt das Schürer-Gutachten Auskunft, das Egon Krenz im Oktober 1989 anfertigen ließ. Es wurde ein schonungslos offenes Gutachten, das den erbärmlichen Zustand der Wirtschaft und die hohe Verschuldung der DDR in Devisen darlegte. Darin hieß es, ohne westliche Finanzhilfe müsse der Lebensstandard in der DDR um 30 Prozent gesenkt werden. Es drohte der Staatsbankrott. Er war bereits zum Greifen nah.

Leider wusste das 1989 nur ein kleiner Teil der Bevölkerung und der Politik in Ost und West Keiner nahm diese Tatsache wirklich zur Kenntnis. Die OECD, die weltweit anerkannte Organisation for Economic Cooperation and Development, hatte die DDR einst als siebtgrößte Wirtschaftsmacht der Welt definiert. Wie konnte es zu einer solchen Fehleinschätzung kommen? Wie konnte eine solche Wirtschaftsmacht so sang- und klanglos untergehen?

Das lag zum einen an der mangelnden Produktivität und somit der mangelnden Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe. Diese hatten einen riesigen Verwaltungsapparat, der eigentlich staatliche Aufgaben erfüllte, so dass es zwar offiziell Vollbeschäftigung gab, aber wir dennoch eine verdeckte Arbeitslosigkeit hatten, die auf 16 Prozent berechnet wird. Das heißt es waren mehr Menschen beschäftigt, als zur Herstellung eines bestimmten Produktes in einem modernen Betrieb benötigt werden. Im Betrieb waren Stabsstellen der Gewerkschaft, der Partei, es erfolgte die Ferienplatzvergabe und vieles andere mehr.

Hinzu kommt ein technologischer Ausrüstungsstand, der auf dem Niveau der 50er und 60er Jahre stehen geblieben war. Unter diesen Umständen erreichte die DDR-Wirtschaft gerade einmal 30 Prozent der westlichen Arbeitsproduktivität und auch deshalb waren unsere Produkte 1990 zu teuer für den Weltmarkt. Die Währungsunion hat den wirtschaftlichen Zusammenbruch beschleunigt Sie war wie ein Offenbarungseid über den wirklichen Zustand der DDR-Wirtschaft. Im Ergebnis lagen Industrie und Landwirtschaft danieder - 1993 waren die neuen Länder faktisch deindustrialisiert und mehr als die Hälfte aller Arbeitsplätze waren vernichtet. Wir waren fassungslos! Ich schließe mich da ein!

Dennoch war die Währungsunion der einzige gangbare Weg zur deutschen Wiedervereinigung. Es gab keine wirkliche realpolitische Alternative zu ihr.

Die ökonomische Krise und der unüberwindliche technologische Rückstand gegenüber den Ländern Westeuropas resultierten aus dem nicht aufhebbaren Widerspruch zwischen wirtschaftlicher Leistungskraft und politisch-ideologischem Anspruch. Die DDR hat über ihre Verhältnisse gelebt und ist daran zugrunde gegangen. Dessen sollten wir uns beim gegenwärtigen Anspruchsdenken in unserem Lande - in Ost und West - bewusst sein.

Meine Damen und Herren,

schaun wir auf die gewaltigen Aufbauleistungen, die wir in den neuen Bundesländern getätigt haben. Durch viele Aufbaumaßnahmen ist in den vergangenen Jahren in den

jungen Ländern eine neue Infrastruktur entstanden. Insgesamt 17 Verkehrsprojekte Deutsche Einheit wurden seit 1991 auf den Weg gebracht. Das Programm Verkehrsprojekte Deutsche Einheit mit einem Gesamtvolumen von knapp 38,5 Milliarden Euro hat neun Schienen-, sieben Autobahnvorhaben sowie ein Wasserstraßenprojekt gefördert. Besonders der Autobahnbau hat riesige Fortschritte gemacht. Bis Ende 2007 konnten rund 1.770 der geplanten 2.000 Autobahnkilometer für den Verkehr freigegeben werden.

Durch Bauprogramme haben unsere Städte und Dörfer wieder ein farbiges Gesicht bekommen. Wohnungen wurden saniert und modernisiert. Altes wurde mit Modernem reizvoll kombiniert, historische Substanz liebevoll restauriert. Hier hat das Bund-Länder-Programm Städtebaulicher Denkmalschutz Enormes geleistet.

178 ostdeutsche Städte haben ihre historischen Zentren wunderschön neu entstehen lassen, Allein der Bund stellte bis Ende 2008 für das Programm Städtebaulicher Denkmalschutz etwa 1,76 Milliarden Euro zur Verfügung. Die Länder haben diese Maßnahmen in gleicher Höhe kofinanziert und die Kommunen ebenfalls einen beträchtlichen Finanzierungsanteil geleistet.

Die Umweltprobleme der DDR waren augenfällig und dramatisch. Insbesondere die Verwendung der einheimischen Braunkohle im Energiesektor wirkte sich verheerend auf das ökologische Gleichgewicht aus. Gerade in diesen Bereich haben Bund und Länder seit 1990 massiv investieren müssen, um die immensen Schäden auszugleichen, die Rohstoffgewinnung und Industrieproduktion der Natur zugefügt hatten.

Für die Sanierung und Scherung von stillgelegten Bergbaubetrieben wurden bis Ende 2007 rund 10 Milliarden Euro in den neuen Ländern verausgabt; weitere 3,5 Milliarden Euro werden Schätzungen zufolge noch für Sanierungs- und Sicherheitsleistungen eingesetzt werden müssen. Die Gebiete des Braunkohletagebaus wie etwa der Raum Bitterfeld oder das Uranerzabbaugebiet um Ronneburg waren vor 20 Jahren wahre Mondlandschaften; die Natur war den wirtschaftlichen Zielen des Sozialismus geopfert worden. Heute ist von den großflächigen Eingriffen in die Landschaft nicht mehr viel zu sehen. Aus dem Restloch des Bitterfelder Tagebaus ist zum Beispiel ein 25 Quadratkilometer großer See geworden. Wer den Braunkohletagebau oder den Uranerzbergbau noch mit eigenen Augen gesehen hat, der muss heute beim Anblick der Goitzsche oder des Parks "Neue Landschaft Ronneburg" von einem Wunder sprechen.

Weitreichende Verbesserungen sind auch bei den Gesundheitseinrichtungen erzielt worden. Die Gesundheitsversorgung in der DDR funktionierte zwar, aber auch in diesem Bereich war die Infrastruktur indiskutabel. Seit der Wiedervereinigung hat die Infrastruktur der medizinischen Versorgung einen Quantensprung gemacht. Allein in die Krankhäuser der neuen Länder hat der Staat nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz seit 1991 rund 15,6 Milliarden Euro investiert. Sie alle sind heute saniert und hervorragend medizintechnisch ausgestattet

Der Lebensstandard der meisten Menschen in den neuen Bundesländern stieg an und verdoppelte sich real. Von allen ehemals sozialistischen Ländern hat Ostdeutschland heute den höchsten Lebensstandard und die beste Infrastruktur. Man kann realistisch sagen: Wir Ostdeutschen haben den Zusammenbruch des Sozialismus gut überstanden.

Man geht davon aus, dass 1,4 Billionen Euro an öffentlichen und privaten Geldern seit der Wiedervereinigung in den Aufbau Ost geflossen sind. Ich bedanke mich ausdrücklich für den Milliardentransfer. Das ist eine gewaltige Solidaritätsleistung der alten Bundesländer, die wir anerkennen sollten. Aber ich sage auch: Der Osten ist kein Milliardengrab, sondern er bietet Milliardenchancen.

Wir haben mit diesem Geld viel erreicht, aber leider noch keinen selbst tragenden Wirtschaftsaufschwung. Wir haben noch nicht genügend Arbeitsplätze.

Es ist aber auch wahr, dass 40 Jahre vollkommen unterschiedliche Entwicklung nicht schon nach 19 Jahren überwunden sein können. Vorrangig liegt der Schwerpunkt der Politik in den neuen Ländern bei der Förderung des wirtschaftlichen Aufschwungs.

Wirtschaftlicher Aufschwung entsteht aber nur dann, wenn wir es schaffen, innovative Produkte und Dienstleistungen anzubieten. Die Grundlage dafür sind Wissenschaft und Forschung. Sie sind der Schlüssel für Wachstum und Beschäftigung. Nur so

können neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Deshalb haben wir uns von Anfang an auf eine gut ausgebaute Wissenschaftslandschaft konzentriert.

Meine Damen und Herren,

die Transformation des Wissenschaftssystems in den neuen Ländern ist ebenfalls eine Erfolgsgeschichte der deutschen Einheit. Ein neu es, leistungsfähiges System wurde geschaffen, das international anerkannt ist und lebendig agiert. Unsere Universitäten wurden umstrukturiert, Fachhochschulen gegründet, neue Institute von Fraunhofer, Max Planck und der Leibniz Gemeinschaft errichtet.

In den neuen Ländern haben wir durch eine gezielte Wissenschafts- und Wirtschaftspolitik und die Verknüpfung von vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen in einigen Regionen Standortbedingungen herausgebildet, die den Vergleich mit Hightech-Regionen in den alten Ländern nicht zu scheuen brauchen.

Lassen Sie mich die Vorteile der Universitäten und Fachhochschulen der neuen Länder benennen. Wir haben bei der Transformation der Hochschulen und Universitäten konsequent auf eine klare Strukturierung und Transparenz der Studien- und Prüfungsordnungen geachtet. Hierin liegt ein wesentlicher Grund, dass ein Studium an einer Hochschule im Osten in der Regelstudienzeit absolviert werden kann. Einschlägige bundesweite Hochschul-Rankings bestätigen das immer wieder.

Hinzu kommt, dass das Abitur in einigen neuen Ländern nach zwölf Jahren abgelegt wird. Wir gehen also insgesamt verantwortungsvoll mit der Lebenszeit der jungen Menschen um. Die Absolventen von Fachhochschulen sind im Durchschnitt 22 bis 23 Jahre alt, von Universitäten durchschnittlich 23 bis 24 Jahre. Die ostdeutsche Hochschullandschaft erfüllt also die Forderung der Wirtschaft nach jungen Absolventen und ist mit anderen europäischen Ländern vergleichbar; im Übrigen auch ohne Studiengebühren.

Nach gut 19 Jahren Deutscher Einheit konstatiere ich: Die Umwandlung der Wissenschaftslandschaft ist eines der gelungenen Kapitel der Wiedervereinigung. Im Hinblick auf die europäische Einigung sage ich voraus, dass die osteuropäischen Länder im Bologna-Prozess entscheidende Impulse geben können und geben werden!

Meine Damen und Herren,

um den Einigungsprozess in Deutschland auf allen Ebenen weiter voranzubringen, bedarf es aber mehr als nur der Lösung vorhandener ökonomischer und materieller Probleme. Wir sind nicht ein Deutschland der Verordnungen und Erlasse! Wir müssen ebenso daran arbeiten, einen gemeinsamen Kern an Grundwerten und eine gemeinsame, uns alle verbindende politische Kultur zu entwickeln. Das ist eine uns verbindende Aufgabe und Herausforderung.

Grundwerte geben unerlässliche Orientierung und sind bindende Richtschnur für unser Handeln im Leben. Wenn wir Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Toleranz als solche Werte akzeptieren, müssen wir uns mit ihnen im Zeitbezug auseinandersetzen:

Freiheit als der tragende Grundwert unseres Staatssystem ist eben nicht lediglich die Zahl der Handlungsoptionen, über die ein Individuum verfügt oder die es in egoistischer Selbstverwirklichung auslebt, sondern Freiheit und Verantwortung gehören zusammen: Persönliche Freiheit und Verantwortung für die Gesellschaft, für die Mitmenschen sind grundlegend für unsere demokratische Ordnung. Hier müssen wir mit unserer Wertediskussion beginnen.

Welche Vorstellung haben wir von Gleichheit? Verbirgt sich nicht für zu *vielen* dahinter Gleichmacherei? Gleichheit bedeutet doch vielmehr Gleichwertigkeit aller Menschen unabhängig von Alter, Geschlecht, Hautfarbe, Schicht, Leistungsfähigkeit und Begabung. Wie steht es um unser Verständnis von Toleranz? Meinen wir damit eine bewusste Akzeptanz und innere Offenheit gegenüber dem, was uns fremd ist oder geht es uns nur um einen Freibrief für Gleichgültigkeit?

Toleranz heißt nicht, wegsehen, sondern bewusstes Akzeptieren von Andersartigkeit und auch Anerkennung. Um Toleranz üben zu können, bedarf es eines klaren Standpunktes,

einer inneren Orientierung an Menschenwürde und Selbstbestimmung.

Wir in Deutschland haben über die Ergebnisse der PISA-Studie erfahren, dass wir nicht mehr das Land der Dichter und Denker sind, eine schmerzliche Einsicht. Denn Fähigkeiten, Fertigkeiten und vor allem das Wertebewusstsein unserer Kinder entscheiden über die Zukunftsfähigkeit unseres Volkes.

Wir leben in einer offenen Gesellschaft, in der es keine kollektiven Ziele gibt, die von oben her festgelegt und zugeteilt werden. Darüber freue ich mich Jeden Tag! Da uns keine Ziele mehr verordnet werden können, brauchen wir einen möglichst breiten Konsens darüber, in welche Richtung wir uns in den nächsten Jahren gemeinsam bewegen wollen.

Ein solcher Konsens kann nur auf dem Wege freier und offener Debatten hergestellt werden. Diese Debatten dürfen weder die Gegensätze unter den Tisch kehren, noch dürfen sie diese ideologisch kultivieren oder nostalgisch verklären, wie es oft auf beiden Seiten im Osten und Westen von Deutschland passiert

Wir haben bei der Zukunftsgestaltung unseres vereinten Landes viele Herausforderungen gemeinsam zu bewältigen. Da sind die Chancen und Risiken der Globalisierung. Da ist der Umbruch zur Wissensgesellschaft, den wir aktiv aufnehmen sollten, den wir als Chance für unser Land und unseren Kontinent begreifen sollten.

Dann die Verschiebungen im Altersaufbau der Bevölkerung, ein gesamt deutsches Problem, das ebenso wie die Arbeitslosigkeit die Menschen im Osten ungleich härter trifft.

Hinzu kommen immer neue Herausforderungen, die nicht mehr einzelstaatlich sondern nur auf europäischer Ebene gelöst werden können,

Ich meine damit zum Beispiel die Fragen der Sicherung der Energieversorgung, der Mobilität, des Schutzes von Absatzmärkten für die europäischen Exportunternehmen oder auch der Einbindung der direkten europäischen Nachbarstaaten, um auf diesem Wege für politische Stabilität zu sorgen.

Ich meine, wir sollten hier gemeinsam nach Lösungen suchen. Ich bin davon überzeugt, dass wir bei der gemeinsamen Zukunftsgestaltung noch nicht den großen Reichtum an Kreativität und Bürgersinn ausgeschöpft haben, den es je ganz Deutschland gibt.

Bürgersinn und Kreativität, das sind die Lebenselixiere unserer freiheitlichen Demokratie. Wir brauchen im Sinne der genannten Grundwerte eine neue Balance zwischen Staat und Gesellschaft, eine neue Balance zwischen persönlicher Verantwortung und gemeinschaftlicher Daseinsvorsorge im vereinten Deutschland.

Das System sozialstaatlicher Vor- und Fürsorge in der Bundesrepublik schafft ein Niveau sozialer Sicherheit, das international seinesgleichen sucht. Es trägt seinen Teil zur Legitimation der Staats- und Gesellschaftsordnung bei.

Es birgt aber auch die Gefahr, dass das Leitbild des engagierten, helfenden Mitmenschen in den Hintergrund gedrängt wird. An die Stelle des aktiven Staatsbürgers tritt, wie ein Kritiker einmal überspitzt gesagt hat, der Beitragszahler und Leistungsempfänger.

Zu selten wird erwähnt, dass auch die Erneuerung unserer Demokratie auf der Tagesordnung steht. Wenn wir die Demokratie in den jungen Ländern zukunftsfähig machen wollen, dann muss man sich von der Vorstellung lösen, dass anonyme öffentliche Makrostrukturen Geborgenheit erzeugen können. Die Geborgenheit vermissen viele Menschen in den neuen Ländern.

Aber Geborgenheit kann in einer freiheitlichen Demokratie mit sozialer Marktwirtschaft nur bedeuten, dass die Menschen sich nicht ausgegrenzt fühlen, dass sie in vielfältiger Weise mit einbezogen werden und sich aktiv einbringen können. Ich betone: sie müssen sich aktiv einbringen können! Es geht darum, Passivität zu überwinden.

Und diese Art von Geborgenheit, die nicht von oben zugeteilt wird, die kann nur entstehen durch Teilhabe in einem Überschaubaren Umfeld: in der Familie, in der Kommune, im

Verein, in der Kirchengemeinde, im Betrieb. Die Zuständigkeit der Politik ist es, die Lebensfähigkeit dieser kleinen Einheiten durch entsprechende Rahmenbedingungen zu fördern und zu sichern. Dafür stehe ich als Politikerin in der Verantwortung.

Aber ausgefüllt werden kann der Rahmen nur durch die Menschen selbst, durch ihre Aktivität. Das gilt für Ost und West gleichermaßen. Ich habe viele Menschen kennen gelernt, die diese neue Chance, eigeninitiativ und selbstbewusst zu handeln, genutzt haben.

Da ist der Ingenieur, der sich selbständig macht und Arbeitsplätze schafft. Da ist die Informatikerin, die am Abend unentgeltlich Computerkurse für Senioren anbietet.

Da sind die Eltern, die Jetzt aktiv die Ganztagsbetreuung der Kinder organisieren und sich dafür verantwortlich fühlen.

Und da ist die Bürgerinitiative, die sich für den Erhalt eines historischen Gebäudes oder einer Dorfkirche einsetzt.

All diese Aktivitäten müssen wir ermutigen und unterstützen, damit die Menschen erleben, was man mit persönlicher Leistung und Bürgerengagement erreichen kann.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich dem Stichwort "bürgerschaftliches Engagement" zum Schluss meines Vortrages noch Folgendes bedenken: Die Einheit Deutschlands wäre nicht verwirklicht worden, wenn nicht die vielen couragierten und engagierten Menschen im Herbst 1989 für Freiheit und Demokratie auf die Straßen gegangen wären! Sie riskierten dabei ihr Leben! Niemand konnte vorhersagen, wie die Staatsmacht auf die Ereignisse reagieren würde.

Unsere Verpflichtung lautet: Erhalten wir uns den Sinn für das Wunder der Wiedervereinigung! Dass die Entwicklung gerade für uns Deutsche so glücklich verlief, dessen sollten wir stets dankbar gewahr bleiben.

Es muss uns Ansporn sein, niemals in dem Bestreben nachzulassen, die deutsche Einheit in allen Lebensbereichen stetig zu vervollständigen.